SZ vom 9.11.2016

# „Unbescheidenes Eigenlob des Herrn Bürgermeisters“

## Ortsverband der Grünen kritisiert Gemeinderat und Bürgermeister zur Barrierefreiheit des Bahnhofs

KRESSBRONN (sz) - Der Ortsverband der Kressbronner Grünen nimmt in einer Pressemitteilung Stellung zu der jüngsten Gemeinderatssitzung, in der es um die Haushaltsvorberatungen gegangen ist (die SZ berichtete).

„Zu den Haushaltsberatungen in der letzten Gemeinderatssitzung und zum unbescheidenen Eigenlob seitens des Herrn Bürgermeisters und der Fraktionen CDU und BWV möchten wir Folgendes anmerken: Inhaltliche Anträge zum Haushalt wurden lediglich von der SPD und den Grünen gestellt. Diese wurden alle abgelehnt und dies aus Perspektive der Grünen Gemeinderätinnen ohne fundierte Begründung“, lassen die Mitglieder in ihrer Pressemitteilung wissen. Beispielhaft greifen die Grünen das nicht erhöhte Budget für Inklusion beziehungsweise ganz konkret für einen barrierefreien Bahnhof auf: Bereits im Frühjahr hatten die Grünen eine Initiative „Barrierefreier Bahnhof in Kressbronn“ (die SZ berichtete) ins Leben gerufen und den entsprechenden Antrag in die Gemeinderatssitzung eingebracht.

„Dieser wurde dort mit der Begründung abgelehnt, dass der Bahnhof vor einiger Zeit saniert wurde und eine Kontaktaufnahme mit der Bahn nicht zielführend sei“, schreiben die Mitglieder weiter. Barrierefreie Mobilität sei ein zentraler Ansatzpunkt für Inklusion und nachdem auch Deutschland die Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit zu entsprechenden Maßnahmen verbindlich verpflichtet habe, hätten die Grünen beschlossen, nicht aufzugeben. In den beiden Nationalen Aktionsplänen (2011 und 2016) konkretisiere Deutschland die Maßnahmen, die zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention durchgeführt werden sollen, „die natürlich auch und vor allem die Kommunen betreffen. Ein zentrales Thema ist dort erwartungsgemäß die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Verkehrsmitteln. Konkret soll der Umbau von Bahnhöfen gezielt vorangetrieben werden. Diese Maßnahmen werden zur Hälfte vom Bund finanziert: für 2016 bis 2018 stehen dafür 50 Millionen Euro zur Verfügung“, führen die Grünen aus.

> „Das Eigenlob des Bürgermeisters bezüglich des Haushalts können wir schon aus diesem Grund nicht teilen, da es unseres Erachtens nicht besonders klug ist, befristete Mittel nicht abzugreifen.“
>
> Ortsverband der Grünen

Und weiter: „Eine Verschiebung des Bahnhofumbaus auf zehn Jahre in Kressbronn, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, halten wir deshalb nicht nur für eine Zumutung für Behinderte und Alte, sondern darüber hinaus für unsinnig, da dann die Fördermittel womöglich nicht mehr zur Verfügung stehen. Das Eigenlob des Bürgermeisters bezüglich des Haushalts können wir schon aus diesem Grund nicht teilen, da es unseres Erachtens nicht besonders klug ist, befristete Mittel nicht abzugreifen.“

Kressbronn verpasse darüber hinaus das aktuelle Zeitgeschehen und den Anschluss, weil es sich nicht für Inklusion interessiere. Bereits im ersten Nationalen Aktionsplan (2011) stehe, dass die Deutsche Bahn AG 2005 in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden der Behindertenselbsthilfe und der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation ein erstes Programm zur Herstellung von Barrierefreiheit aufgestellt habe. Gemäß dem zweiten Nationalen Aktionsplan habe die Bahn von 2016 bis 2020 schon ein drittes Programm aufgelegt – inzwischen zur barrierefreien Umgestaltung von Bahnhöfen und Fahrzeugen, so die Grünen. „Dass keine Gesprächsbereitschaft beziehungsweise Interesse seitens der Bahn AG vorhanden ist – wie von der Verwaltung behauptet – kann also nicht sein. Die Ablehnung unseres Vorschlags, wenigstens mit der Bahn ein sondierendes Gespräch zu führen, ist für uns deshalb nicht nachvollziehbar“, schreiben die Mitglieder.

Dem zweiten Nationalen Aktionsplan sei für Baden-Württemberg darüber hinaus zu entnehmen, dass der Gemeinde- sowie Städtetag kommunale Beratungsstellen für Inklusion fördere und auch die Bestellung hauptamtlicher kommunaler Behindertenbeauftragter werde in Baden-Württemberg mit Landesmitteln gefördert, was bundesweit einzigartig sei. „Hier wird also unseres Erachtens nicht nur eine zentrale gesellschaftliche Entwicklung verschlafen, was man aus ethischen Gründen infrage stellen kann, sondern darüber hinaus auch ökonomisch nachteilig für die Gemeinde Kressbronn agiert“, schließt die Stellungnahme der Grünen.